

Kaukasische Post

Erscheint 3-mal wöchentlich:

am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis: 15 Rbl. für 2 Monate. Anzeigen: die 3-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Kirchenstr. (Капозн. у.) № 25, Lokal des 3.-fl. S.
Sprechstunden: 6—7 Uhr abends.

Nr. 82. Tiflis, den 30. November 1918. 10. Jahrgang.

Deutsch-Armenischer Kulturverein.
(Tiflis, Paskiewitsch-Str. № 11, III.)
Sonnabend, den 30. November:
Gedächtnisfeier für den Volksdichter („Aschugen“)
Ssajat - Nowa.
Program: Vorträge der Herren: Dr. A. Dirr und Hovannes Tumanian. — Deklamationen in deutscher, armenischer, georgischer und russischer Sprache (Fr. Hein, Baschindjaghian, Miraghian (Gedewanow), Grischaschwili, Lissizian und Kapananian). — Orientalisches Musikorchester (Sasandari) — „Asir“.
— **Beginn: präzise 7 Uhr abends.**
Eintritt: 3 Rbl. (für Mitglieder sowie für Gäste, die durch erstere eingeführt werden können).

Nur im Café W. Höhne,
Tiflis, Golowinski № 8 (in der Nähe der Deutschen Ortskommandantur), bekommt man ein gutes Glas Kaffee, Kakao mit Kuchen etc. etc. 0—10

Deutsche Kaukasische WEINE
vorzüglichen Geschmacks werden zu Engrospreisen in der Weinmiedlergasse der Kaukasischen Weinhandlungs-Gesellschaft: Tiflis, Michael-Pr. 62—64, im Hofe, verkauft.

Die **Deutsch-Kaukasische HANDELS- BANK**
im Hause Aramjan, Ecke des Golowinschen Prosp. und der Barjatinski-Str.,
eröffnet am 30. November 1918 ihre Tätigkeit.
Sämtliche Operationen statutengemäss.

Die Engländer im Kaukasus.
Die russisch-armenische Zeitung „Kawf. Sslowo“ veröffentlicht in Nr. 258 (v. 28. 11.) unter der Ueberschrift: „In Baku“ — nach den in Tiflis erstgenannten Nummern des Aderbeidjanischen Offiziers „Aderbeidjan“ eine Reihe von Rundgebungen des Kommandierenden der großbritanischen Truppen im nördlichen Kaukasus, General Tompison, aus der Zeit vom 7.—22. d. Mts., denen zufolge: „Baku von den großbritanischen Truppen besetzt wird“ und General Tompison sowie die ihn begleitenden Vertreter Frankreichs und der Vereinigten Staaten“ nach Baku gekommen sind „mit Waffen und im vollen Einverständnis mit der neuen russischen Regierung“, nachdem die Türkei „in dem von ihr abgeschlossenen Waffenstillstande zur Besetzung Baku's ihre Zustimmung erteilt hat“, und zwar aus folgenden Gründen:

1) „Eingedenk der großen Verdienste, die das russische Volk der Entente in den ersten Jahren des Weltkrieges erwiesen hat, können die Verbändmächte nicht eher heimkehren, als bis sie die Ordnung in Russland wiederhergestellt und Russland die Möglichkeit verschafft haben werden, den ihm gebührende Platz in der Reihe der übrigen Völker der Welt einzunehmen.“ 2) „Im Kaukasus ist es noch nicht ruhig“. In der Proklamation „zur allgemeinen Kenntnis“ heißt es wörtlich weiter: „Meine Pflicht ist es, in dem Kaukasus einen Ruf zu schaffen. Die bestehende Verfassung ist ganz und gar das Werk unserer Feinde. Weder in Deutschland, noch in der Türkei gibt es Volkserregungen. Indem sie die republikanischen Bestrebungen in diesen Ländern unterstützen, verfolgen sie ihre eigenen Ziele und Zwecke, und durchaus nicht die Interessen der Völker.“ Ferner: „Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Verbändmächte auch nur einen Fußbreit russischen Landes für sich beanspruchen. Solches nicht zu tun, haben sie dem russischen Volke feierlichst versprochen. Desgleichen ist die innere Verwaltung des Landes oder eines beliebigen Teiles desselben ausschließlich eine Angelegenheit des russischen Volkes, und werden die Verbändmächte sich unter keinen Umständen in sie hineinmischen. Wir kommen zu Euch nur zu dem einen Zweck: die Ordnung herzustellen, nachdem wir die deutschen und türkischen Gärungselemente entfernt haben werden, die der Befreiung von Geheuligkeit und Ordnung hinderlich sind. Zu allen Völkern und allen Glaubensbekenntnissen wird unter Verhalten ein gleiches sein. Ich hoffe, die mir und meiner Truppen gestellte Aufgabe leicht und schnell zu erledigen, damit wir in Bälde heimkehren könnten, im Bewußtsein, daß wir Russland dazu verholfen haben, die Früchte des Sieges über unsern gemeinsamen Feind mitzugenießen.“

Es folgt eine in 3 Punkten gefasste Aufzählung der in Angriff genommenen Maßregeln, von denen (Entwaffnung der örtl. Bevölkerung, Kriegszustand etc.) bemerkenswert für deutsche Untertanen die in Punkt 2 niedergelegte Verfügung ist, wonach „für die Auslieferung türkischer und deutscher Untertanen, die sich im Weichilde der Staat nach Säuberung dieser von den türkischen Truppen noch aufhalten sollten, eine Belohnung zugesichert wird“. Von den Rundgebungen ist namentlich noch die Proklamation General Tompison's beachtenswert, die in der Nummer des „Aderbeidjan“ vom 24. 11. wiedergegeben ist und in der es heißt: „Hiermit bringe ich zur Kenntnis der Bevölkerung des Kaukasus, daß die Entsendung von Genietruppen nach dem Kaukasus die Herstellung der öffentlichen Sicherheit auf diesem russischen Territorium, zwischen dem Schwarzem und dem Kaspiischen Meere bezogen, bezweckt, desgleichen die Aufsicht über Erhaltung der Waffenstillstandsbedingungen, die der Türkei von der Entente garantiert worden ist, und die Aufrechterhaltung von Gesetzlichkeit und Ordnung, wobei ich im Auge habe, daß endgültige Beschlüsse die Friedenskonferenz stellen wird, die alle Fragen, welche sich auf dieses Territorium beziehen, entscheiden wird.“

Außer den Rundgebungen General Tompison's enthält dieselbe Nummer der „Kawf. Sfl.“ noch den Bericht eines Augenzeugen, der in Tiflis am 26. 11. abends eingetroffen ist: „Es kommen immer mehr englische Truppen nach Baku. Die Ordnung in der Stadt wird u. a. auch von der Bistjeradom'schen Truppe, die aus Russen (Zerk- u. Kuban-Kosaken) besteht, aufrechterhalten. Die aderbaidjanische Genbarmerie ist befristet. Bei einem Zusammenstoß zwischen Kosaken und letzteren, hervorgerufen durch Anrempelung eines aderb. Genbarman durch zwei betrunkene Kosaken (auf dem Bahnhof), wurde das Lokal des 8. Polizeibezirkskommandos, wozu die Aufseher von den Genbarman gebracht worden waren, durch die zur Befreiung der ersten berl. ygeierten Kammeraden demoliert, und hat es infolge der Schießerei Tote und Verwundete (7 Tataren und 1 Kosak) gegeben. Weitere derartige Exzesse haben nicht stattgefunden. In der Bistjeradom'schen Truppe befinden sich auch Armenier. Die aderbaidjanischen Minister sind nach wie vor in Baku, doch kommen sie nicht zur Geltung, da von einer Tätigkeit ihrerseits nichts zu merken ist. Der Dsifzios bringt an erster Stelle einen Widerruf der vorhergegangenen Mitteilung betreffs Anerkennung der Unabhängigkeit Aderbeidjans seitens der Entente. Die Türken sind abgezogen, aber in der Umgegend wimmelt es noch von Askern. Die

Station Baladschary ist in der Verfügung des türkischen Kommandos belassen worden, bis die türkischen Truppen aus Derbent und Petrowst, die gleichfalls abziehen, die Station passiert haben werden. Viel geraubtes Gut schleppen die Askern mit sich. Das englische Kommando forderte von Auri Pascha die Rückerstattung des Geraubten unter Androhung der Beibehaltung eines entsprechenden Schadenersatzes von der türkischen Regierung. Von Miragan rückt ein starkes bolschewistisches Truppenaufgebot auf Baku zu. Die Engländer sind ihm entgegengezogen. Außer den Kosaken haben sich auch sonst viele Russen in Baku eingefunden. Die durch die Vorgänge der letzten Zeit eingeschüchterten Armenier zeigen sich wieder ganz frei auf den Straßen und Plätzen der Stadt. Die inhaftierten Armenier wurden nach Ankunft der Engländer sofort in Freiheit gesetzt“. — Diesen Mitteilungen hält die „Srujia“ (russisch-georgische Zeitung) entgegen, daß in den nämlichen Nummern des Dsifziosus „Aderbeidjan“ Präkaze der aderbaidjanischen Regierung abgedruckt sind, woraus zu schließen sei, daß dieselbe bei weitem nicht ausgeschaltet ist. — Die „Borjba“ (russisch-georg. Sozialistenblatt) hat in der Nummer vom 28. 11. nichts von den Rundgebungen des engl. Kommandos in Baku gebracht. Sie beschränkt sich auf Betrachtungen über die Aufgaben der Sozialdemokratie und auf Mitteilungen aus dem allgemeinen politischen Leben.

Juland.

Der Minister des Äußeren hat sich an den Minister des Innern mit der Bitte gewandt, Maßregeln zu ergreifen gegen das Erscheinen von Aufsätzen und Bemerkungen, die unwahre Nachrichten über die Regierung von Aderbeidjan oder gar direkt Ausfälle gegen sie, oder ihre Vertreter in Tiflis, enthalten, wie solche in gewissen Zeitungen: Kawkasosje Sslowo, Nschchawatow u. a. zu finden sind.

Das armenische Parlament hat beschloffen, die armenische Regierung zu beauftragen, an der allkaucasischen Konferenz nicht teilzunehmen, wohl aber mit der georgischen Regierung in Fühlung zu treten, um einen gemächlichen Regierungsausschuss zu bilden, der über die auf der Konferenz zu beratenden Punkte, über Zeit, Ort usw. zu verhandeln hätte.

Das Ministerium der Volksaufklärung hat — auf Grund der Regierungsverfügung vom 7. September — den Direktoren aller Verwaltungen vorgeschrieben, ihren Untergebenen zu erklären, daß sämtliche Privilegien, die nach russischem Gesetz für den Staatsdienst im Kaukasus vorgesehen waren, als aufgehoben gelten.

Die Regierung hat verfügt, dem diplomatischen Vertreter Georgiens in Baku anderhalb Millionen Rbl. zur Ueberführung von Rafta aus Baku nach Georgien anzuweisen.

Der Verpflegungsabteilung sind vier Zisternen Petroleum zur Verfügung gestellt worden. Es soll unter der Bevölkerung durch die Japanbuden oder die Haus-ermitee's verteilt werden, und zwar zu einem Pfund pro Person, zu 80 Kop. das Pfund.

Beschluß des Tifliser Sowdats- und Arbeiterrats: 1. Der Rat begrüßt die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Deutschland, die für einen demokr. Frieden und für die Ideale der Demokratie und des Sozialismus kämpfen; 2. der Rat ist fest überzeugt, daß es den deutschen Arbeitern damit ihrer Organisation gelingen wird, die Fehler der russ. Revolution zu vermeiden, die den Weg des Demokratismus verlassen und den des Maximalismus beschritten hat, und daß sie (die deutsche Arbeiterklasse) die ganze Demokratie um die Fahne der Revolution verjammeln und über den Demokratismus zum Sozialismus führen wird; 3. der Rat fordert für das revol. Deutschland einen demokratischen und ehrenvollen Frieden und fordert die arbeitenden Klassen Europas auf, es in seinem Kampfe gegen den Weltimperialismus zu unterstützen.

Der 3. Dezember ist für ganz Georgien ein „Tag der Votteries“. Zur Organisation dieser Veranstaltung werden viel Bevollmächtigte ausgesandt werden.

Die Regierung hat verfügt, daß längs der Grenze von Adjarien und dem osurgettischen Kreise verschiedene Waren der Verzollung nicht unterliegen sollen, mit Ausnahme derjenigen, die mit der Eisenbahn über die Grenze geschafft werden.

Die Stadt nach Batum wird nur mit Genehmigung des derzeitigen Generalgouverneurs, Karaloff, gestattet. Alle früher ausgestellten Erlaubnissscheine sind für ungültig erklärt worden.

„Stafarmelo“ teilt mit, daß 6000 armenische Flüchtlinge aus Wladikawkas zurückkehren wollen.

M u s l a n d.

Deutsche Funksprüche:

I.

(Vom 26. November.)

Das Telegramm betreffend die Auslieferung Kaiser Wilhelms wird von der hiesigen Presse im allgemeinen dahin ausgelegt, daß die Verbündeten kein Interesse an der Auslieferung haben.

Der Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Solf sendet folgende Note an die feindlichen Mächte: Das deutsche Volk hat sich auf die Grundprinzipien eines gerechten Friedens, wie sie Wilson formuliert hat, verlassen, um einen Waffenstillstand zu erlangen. Statt dessen haben wir einen Waffenstillstand der Gewalt und Vernichtung bekommen. Dieser Waffenstillstand führt nicht zum Frieden, sondern ist eine Fortsetzung des Krieges. Die Bedingungen des Waffenstillstands bringen nicht den gewünschten Frieden, sondern machen Wieder-einführung der Ordnung und Demobilisation unmöglich. Unsere Proteste gegen diese Bedingungen sind ungehört verhallt. Wenn die Härte der Waffenstillstandsbedingungen darauf beruht war, Fortsetzung des Krieges unmöglich zu machen, so müssen sie jetzt weggelassen, denn das deutsche Volk wünscht nicht, die Feindmächte wieder aufzunehmen, und kann dies nicht. Die deutsche Regierung sieht in der Aufrechterhaltung der schwereren Waffenstillstandsbedingungen einen Angriff gegen die Prinzipien der Zivilisation und muß zu dem Schluß kommen, daß die Verbündeten kein anderes Ziel haben, als Unterwerfung und Vernichtung des deutschen Volkes! Gleich nach Abschluß des Waffenstillstands hat sich die deutsche Regierung an Wilson um Abschluß eines Präliminarfriedens gemeldet, hat aber bis heute keine Antwort erhalten. Das deutsche Volk beginnt zu glauben, daß die Verbündeten den Wunsch haben, die deutsche Armee durch die unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen in eine Lage zu versetzen, die den Verbündeten die Möglichkeit gibt, den Krieg weiter zu führen. Die Handlungsweise der Franzosen in

Elßas-Lothringen, der Polen im Osten und der nichtdeutschen Teile Österreich-Ungarns bedeutet nichts anderes, als eine gewalttätige Vornahme der durch den Friedenssturz erst zu erreichenden Resultate. Die deutsche Regierung protestiert aufs schärfste gegen diese Verjüde usw.

Die Waffenstillstandsbedingungen enthalten eine Abmachung, wonach die feindlichen Truppen immer 10 km von den räumenden deutschen Truppen entfernt bleiben müssen. Das wird nicht immer beachtet. So in Schlettstadt, wo deutsche Truppen durch französische gefangen genommen wurden. Auch andere Fälle kamen vor. Die Protokolle Winterfeldts verlangt Freilassung dieser Truppen und konstatiert, daß unter solchen Umständen ordentliche Durchführung der Räumung unmöglich wird.

Daily Mail weist darauf hin, daß die Blockade die Hauptursache der Niederlage Deutschlands war und hofft, daß diese Ursache bei der Beurteilung des „vagen Treals der Freiheit der Meere“ in Betracht gezogen würde.

Der Notterdamer „Maasbode“ erzählt von Ostpreußen aus dem rechten (?) Rheinland, wo ichredliche Not herrschen soll. Das Blatt bemerkt dazu: „Nahrungsmittel liegen in neutralen Häfen, werden aber nur dann nach Deutschland gefandt, wenn die neue Regierung definitiv geworden ist“. Das dürfte nicht sein, denn so werte das Land dem Verbündeten ausgelegt.

In der „Königlichen Zeitung“ führt Detelshofer aus, es könne keine Rede von Nahrungsmangel in Deutschland sein. Auch die Eisenbahnverkehrsfrage könne gelöst werden, wenn man der Kohletransport zu Gunsten von höherwertigen Nahrungsmitteln einschränke. Jeder müsse genügend da sein, da er nicht mehr zu Munition verarbeitet werde usw. Er kommt zum Schluß, es sei keine Hungersgefahr vorhanden, es sei im Gegenteil ein Sitten der Kreise zu erwarten. Das Publikum kann dazu beitragen, wenn es das Hamstern unterläßt.

Die Volkserregungen in Stuttgart, München, Baden und Autoritäten in Köln und Düsseldorf sind übereingekommen, unter allen Umständen gegen die unerlösen Bestrebungen der Sparrakulogruppe zu arbeiten.

Der preuß. Justizminister veröffentlicht eine Amnestie für alle politischen Vergehen und verspricht Straflosigkeit auch für gewisse Kategorien anderer Vergehen.

Das englische Rote Kreuz hat sich an Prinz Max von Baden gewandt, er möchte dahin wirken, daß die englischen Kriegsgefangenen besser behandelt und sofort nach Hause gefandt werden. In seiner Antwort weist er darauf hin, daß die Waffenstillstandsbedingungen derartige sein, daß Gefangenen der Transport und die Verpflegung der Gefangenen darunter leiden müssen.

Die polnische Telegraphen-Agentur meldet, das polnische Truppen E m e r g und Umgebung eingenommen haben.

Die bayrische Regierung veröffentlicht mit Einwilligung der deutschen Regierung die Berichte ihres Vertreters in Berlin (v. Kerschelt) von der Zeit des Kriegsausbruchs. Es geht daraus hervor, daß Deutschland und

Österreich in der Frage des Ultimatus an Serbien zusammenwirkten. Die bayrische Legation in Belgrad hatte am 31. 7. 1914 mitgeteilt, sie sei überzeugt, daß Orests Aushandlungen, den Frieren zu erhalten, keinen Erfolg haben würden. Am selben Tage teilt v. L. mit, daß zwei Ultimata abgegangen seien, ein 12-stündig befristetes nach Petersburg wegen der russischen Mobilisation, und ein 18-stündig befristetes nach Paris mit Anfrage, ob Frankreich neutral bleiben werde. Der preuß. Generalstab erwartete Krieg mit Frankreich in voller Ruhe, Frankreich werde in 4 Wochen erledigt sein. Im Bericht vom 4. 8. 14 sagt er, Belgiens Neutralität würde nicht respektiert werden und selbst die englische Neutralität wäre zu höher befristet, wenn sie mit der Respektierung der belgischen begablt werden muß.

Von meldet, daß Elßas-Lothringen vollständig besetzt sei.

(Vom 27. November.)

Hartmann (Vertreter der deutsch-österreich. Regierung, jetzt in Berlin) erklärte Pressevertretern, seine Aufgabe sei, den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland wahrzunehmen. Man solle sich durch keine Querretreuen irren lassen, der Anschluß ließe absolut fest. Nur ein Gewaltfrieden könne das verhindern.

Volkf. Ebert erklärt Presseleuten, daß die Regierung nach wie vor bei ihrem ersten Programm vom 12. 11. bleibt, in dem sie sich für Bertrag einer konstit. Verammlung erklärt hat. Er beruft sich auf zahlreiche Versicherungen von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland und im besetzten Gebiet, sowie von Gewerkschaften usw., die sich alle gegen Diktatur und für Einberufung einer Nationalversammlung ausgesprochen haben. Ebert bittet darauf, das Nationalversammlung sobald als möglich einberufen werde, um die konstit. Grundlagen einer sozialen Republik aufzustellen. Er ist überzeugt, daß eine gezielte Verammlung für Deutschland Lebensnotwendigkeit ist.

Die Nationalversammlung soll nach dem Berliner Vorkonferenz in Frankfurt a. M. zusammen treten, wenn sich Berlin als nicht geeignet erweist.

Im Krongerpals Borberaumung der Vertreter aller deutschen Staaten zur ersten Nationalversammlung. Vorsitz: Ebert. Er sprach über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, besonders im Kohlentransport. Ordnung kann nur geschaffen werden durch enges Zusammenarbeiten aller verbündeten Staaten. Jedermann muß jetzt am gemeinsamen Werk mitarbeiten; Freiheit ohne Brod und Arbeit ist nichts wert. Die entgeltliche Regelung der Mitarbeit zwischen deutscher Regierung und den Einzelstaaten wird auf der Nationalversammlung stattfinden, vorläufig mußte man sich mit einem Provisorium begnügen. Solf legt die Lage dar; seine ganze Hoffnung liegt die gegenwärtige Nationalkonferenz, die die Vertretung der Geschäfte des Ministers des Äußeren der Zentralregierung anvertrauen und sobald als möglich eine Nationalversammlung einberufen müsse. Ebert gerber berichtet über Waffenstillstand. Aus allen Kreisen ging der Wunsch hervor, das neue Deutschland auf föderativer Basis aufzubauen. Als

Aus aller Welt.

Die Geographie der Krankheiten. Die unheimlich schnelle Verbreitung der „spanischen Krankheit“, die auch über die trennenden Schranken zwischen den Ländern Europas in diesen Tagen ihren Weg überall hin fand, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage der geographischen Verbreitung der Krankheiten auf der Erde. Zu ihrer Untersuchung hat sich eine besondere Wissenschaft gebildet, die der Dallenzer Privatdozent Dr. Grote „Moiogeographie“ nennt und deren Grundzüge er im neuesten Heft der Naturwissenschaften darlegt. Die große Gruppe der Infektionskrankheiten bietet infolgedessen ein besonderes Interesse, als ihre Verbreitung abhängig ist von der geographischen Verbreitung der Erreger. Da nun die weitaus meisten Infektionskrankheiten an den Menschen selbst gebunden sind, so ist ihre Verbreitungszone äußerst veränderlich und immer an den wandernden Menschen gebunden. Die Erfahrungen bei den eingeschleppten Epidemien zeigen, daß jeder Mensch an jedem Punkte der Erdoberfläche an einer Infektionskrankheit erkranken kann, wenn sich der Erreger in infektionskräftigem Zustande in seiner Umgebung findet und er gegen diese Krankheit nicht immun ist. Die geographische Verbreitung der anstehenden Krankheiten kann aber durch eine künstlich herbeigeführte Immunität beeinflusst werden, wie das Beispiel eines gut gegen Pocken durchgeimpften Landes wie Deutschland zeigt. Es ließe sich denken, daß auf diesem Wege einmal jammliche Erreger, die an den Menschen gebunden sind, zum Verschwinden gebracht werden könnten. Wenn auch das eigentlich geographische Moment in vielen Fällen nicht den unbedingt maßgebenden Faktor des Auftretens oder Fehlens einer Krankheit darstellt, so gibt es doch eine Anzahl Erfahrungstatsachen, für die wir andere Ursachen nicht kennen. In No-damerika ist durch neuere Staatshilfen nachgewiesen, daß eine eigenartige Trennung in der Krebsmortalität besteht, indem südlich vom 37. Breitengrade die Sterblichkeit kaum halb so groß ist wie nördlich davon. Eine ähnliche Verschiedenheit läßt sich beim Krebs auch in Deutschland feststellen. Die stärkste Sterblichkeit finden wir hier an den Dampferläufen, die niedrigste in Westfalen. Auch an die Dämpfung des Kropfes und des Retinismus in bestimmten Gegenden ist zu er-

innern. Von den weiteren Momenten, die die Geographie der Krankheiten zu unteruchen hat, ist der Einfluß der geographischen Struktur eines Landes zu berücksichtigen. Ebenen, Gebirge und Meere sind natürlich eis Grundlagen des Klimas wichtig. Es gibt auch eine Gruppe von Krankheiten, die eine mehr oder weniger unmittelbare Einwirkung der geographischen Struktur erkennen lassen. Dazu gehören die Bergkrankheit, die Seekrankheit, die psychischen Störungen, die das Vorklebensleben in den Wästen der Tropen und der arktischen Gegenden erfährt, Einseitigkeitspsychosen usw. Ferner die unmittelbaren Hitze- und Kälteerkrankungen, in gewissem Sinne auch Bergrbeiterkrankungen, Augenerkrankungen der Polarnacht und anderes. Ein weiteres Moment bilden die Wasserverhältnisse einer Gegend. Es gibt eine bestimmte Gruppe von Krankheiten, bei denen eine rasenmäßig erhöhte konstitutionelle Disposition unentzerrbar ist. Es handelt sich dabei um Stoffwechselerkrankungen. Zur Zudecktheit neigen in Europa besonders die Semiten, in Asien die Hindus, während die Mongolen in China und die amerikanischen Neger sich einer gewissen Immunität erfreuen. Eine ähnliche rasenmäßige Disposition für die Fettstucht findet sich bei den Semiten, den Osmanen, Margariern, Lappen, den Bewohnern der nord-deutschen und holländischen Küstenländer. Die Gicht, die in Nordamerika nicht selten ist, trifft fast in Italien und Österreich, ebenso in vielen tropischen Gebieten. Auf-fallend häufig sind Steinerkrankungen in Nordafrika, Ägypten und in Nordindien. Ein englischer Arzt meinte, man könnte aus den massenhaften Blasenleiden in Panjab Häuser bauen. Neben der Hitze spielt noch das soziale und kulturelle Moment eine erhebliche Rolle. Das eine aederbau-treibende Bevölkerung eine geringere Sterblichkeit aufweist als eine dicke industrielle, ist augenscheinlich, und daß durch soziale Einflüsse ganze Krankheitsgruppen neu geschaffen werden, zeigen besonders die Gewerbetrankeheiten und in gewissem Sinne auch Erkränkungen, die aus der Krieg neu kennen gelehrt hat oder die unter den Verhältnissen des Krieges eine vorher nicht gekannte Häufigkeit erfahren haben. Die Meteorologie im Kriege. Auf Grund ihrer jetzigen Vollenbung bildet die Meteorologie einen so wichtigen Bestandteil der Kriegstechnik, daß sie ebenfalls zu den Dingen gehört, die als militärisches Geheimnis be-

trachtet werden. Beide kriegsführende Mächtegruppen haben sich daher in bezug auf den meteorologischen Nachrichten-dienst, der ja für Operationen in der Luft und Gasangriffe wichtig ist, völlig von einander abgesperrt, wodurch gleichzeitig auch die Meteorologie der neutralen Länder Nord-europas in Mitleidenhaft gezogen wird. Wie es in dieser Beziehung steht, ergibt sich aus Mitteilungen des schwedischen Staatsmeteorologen Dr. Sandström in Nia Dagligt All-hando. Schweden ist von den Wetterbeobachtungen in den Westmächten völlig abgeschnitten, während es durch Deutschland über die Vorgänge in der Atmosphäre ganz Mitteleuropas ununterbrochen unterrichtet wird. Dies bildet für die Schweden eine unschätzbare Hilfe, namentlich das das meteorologische System in Deutschland in den letzten Jahren einen hohen Standpunkt erreichte und gegenwärtig überhaupt am höchsten in der Welt steht. Infolge der Eroberungen der Mittel-mächte betrifft das deutsche meteorologische Material einen sehr großen Anteil. Die Berichte, die von Berlin aus versandt werden, umfassen nicht bloß Deutschland, sondern auch die Gebiete bis zum Adriatischen Meer, weite Strecken nach Rußland hinein, sowie die von Deutschen besetzten Gebiete Frankreichs. Die Berichte aus den Mittelmächten sind ungeheuer genau und pünktlich, und selbst aus Österreich-Ungarn treffen sie in Stockholm noch vor den norwegischen Berichten ein. Den Neutralen fehlen ebenso wie den Mittelmächten die meteorologischen Nachrichten von Westen her, einschließlich Islands, von wo früher die Nachrichten über meteorologische Vorgänge über den Atlantischen Ozean gefandt wurden. Da sich nimmere die Engländer allen Einfluß auf Island zugesandt haben, dürfen von dort auch keine telegraphischen Berichte nach den Neutralen gehen. Sie treffen bloß brieflich, also mit erheblicher Verspätung ein. Die norwegischen Meteorologen arbeiten unter noch schwierigeren Verhältnissen, da Norwegen ja besonders abhängig von England ist. Sie führen daher bei Bergen in einem Umkreis von über 200 Kilometern eigene Beobachtungen aus und erlangen dadurch Kenntnis über bevorstehendes Unwetter. Dinemarck erfährt eine gute Hilfe durch Berichte aus Holland. In Finnland wird der meteorologische Nachrichtendienst geheim gehalten. Hier steht übrigens eine Neuordnung der Meteorologie nach deutschem Muster in Aussicht.



Gast war E. Hartmann, der Minister Deutsch-Oesterreichs, jugend.

Aufruf des Exekutivkomitees des Soldatenrates zusammen mit Heeresoberleitung sagt, wie befreundeten Soldaten hätten 4 Jahre lang Ungehöres gegen Uebermacht geleistet und türkten jetzt nicht durch Schließen des öffentlichen Dienstes belästigt werden; auch kürzlich geschlossene Verbände nicht entwaffnet werden, denn es seien in dieser Hinsicht alle Garantien gegeben, wie die Feldmarer erklärt habe, sie seien vollkommen auf dem Voten der Ober-Haare-Regierung. Die Feldmarer müßte wie die Arbeiter der Sozialisierung und Demokratisierung und wolle zur weiteren Entfaltung Deutschlands beitragen. Sie wüßte Frieden und ruhigen Aufbau des neuen Staates. — Ein weiterer Aufruf des Exekutivkomitees weist auf die Gefahr des polnischen Imperialismus hin. Unter Gerechtigkeitsgefühl empört sich dagegen, daß in Mißachtung Wilson'scher Prinzipien soziale Gegenstände mit Gewalt von Deutschland getrennt und mit Polen vereinigt werden sollen.

Das Exekutivkomitee des Arbeiter- u. Soldatenrates von Groß-Berlin macht bekannt, daß die Volkskommissare von Preußen und Deutschland ihm die Exekutivgewalt abgenommen haben, daß es sich aber die volle Kontrolle reserviert habe. Im Interesse der glatten Abwicklung des Wirtschaftslebens weist das Exekutivkomitee die Arbeiter- u. Soldatenräte an, sich jeder Einmischung in die Verwaltung zu enthalten.

Der Staatssekretär des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung drückt sich einem Vertreter des „Vorwärts“ gegenüber über den furchtbaren Ernst der wirtschaftlichen Lage Deutschlands aus und ruft zu aller ernstlicher, gemeinsamer Arbeit auf.

Auf Bitte des Münchener Erzbischofs Faulhaber an den Papst um Verwendung zur Aufhebung der Hungersoldatenbesetzung vom Staatssekretär des Heiligen Stuhles die Antwort ein, der Papst habe sich bereits an Wilson gewandt und wende sich jetzt auch an die französischen und amerikanischen Bischöfe, sowie an die englische Regierung.

Die Freimaurer richten an die Großloge New York Aufruf wegen Wüthung der Waffenstillstandsbedingungen und Abwehr der Hungersnot.

Wirtschaftsleben in Elsaß-Lothringen durch Unterbrechung des Verkehrs mit Deutschland aufs schwerste bedroht, ebenio im Saargebiet.

In Schlesien streiken fast alle Kohlenarbeiter. Aus lutherischen Städten Meldungen über Durchmarsch deutscher Truppen in Ruhe und Ordnung. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um das Auswandern des Kapitals zu verhindern.

Erzbischof Kardinal v. Hartmann (Köln) protestiert im Namen aller preuß. Bischöfe gegen Trennung von Kirche und Staat. Die liberale Presse sagt, diese Trennung müsse nach liberalen Prinzipien vor sich gehen. Die Presse weist auf die vermittelnde Lösung der theologischen Fakultät Marburg hin, die vorschlägt, die Reform im Laufe von 4 Jahren durchzuführen, während welcher Zeit die Kirche die Unterstützung des Staates genießen soll.

Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Erziehung will eine Schulkonferenz einberufen, die die Erneuerung des Schulwesens zum Ziel haben soll. Die Hochschulen sollen da, wo es keine Gelegenheit zu höherer Bildung für Mädchen gibt, auch den Mädchen geöffnet werden.

In Rjew veröffentlicht die Presse eine Bekanntmachung der Verbündeten, wonach diese beabsichtigen, die gegenwärtige Regierung unter dem Namen anzuwerfen, in der Hoffnung, daß die Ordnung aufrecht erhalten werde bis zur Ankunft der Alliierten-Truppen.

Moskauer Presse meldet, daß für revol. Propaganda zwecks 26 Mill. Rubel angewiesen wurden.

Russische (bolschewistische) Junksprüche.

(Moskau, vom 25. 11.)

Stockholm, 23. 11.: In Budapest sind 11 000 Franzosen eingezogen. Insofern ist von Italienern befehlet worden. — Der rumänische Nationalrat hat sich an die Verbündeten und den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, mit einem Protest gegen den Einmarsch serbischer Truppen in das Banat, gegen die Inforporierung desselben in den serbischen Staatskörper und gegen die gewalttätige Vereinerung der rumänischen Bevölkerung auf die serbischen Jähnen gewandt, mit der Bitte zugleich, ihren Einfluß auf die serbische Regierung dahin geltend machen zu wollen, daß letztere Abstand nehme von ihren Eroberungsgelüsten, und dadurch der rumänischen Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

Moskau, 24. 11.: Die deutsche Regierung erhebt Einspruch gegen die Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen hinsichtlich dessen, daß die Verbandstruppen hinter den deutschen Truppen in einer Entfernung von weniger als 10 Kilometern nachfolgen, und bittet mithin um Freilassung der zurückgelassenen deutschen Truppenteile.

Berlin, 23. 11.: Die deutsche Regierung ersucht den Arbeiter- und Soldatenräten in Moskau und Peters'burg mitzuteilen, daß ihre Anerkennung erst dann erfolgen werde, wenn folgende Umstände klargestellt sein würden:

1. Auf welche Weise sie entstanden sind; 2. wie ihre Beziehungen zur örtlichen Regierung geartet sind und 3. wie ihr Verhältnis zu den deutschen Regierungsstellen sich ausnimmt. Zwecks Bestätigung der Anerkennung werden die Räte aufgefordert, je einen Vertreter aus ihrer Mitte nach Berlin zur Beantwortung der einschlägigen Fragen zu entsenden. — Im Verzugsausschuß des Berliner Rates wird ein Plan betreffs Bildung einer deutschen sozialistischen Armee mit Bahlkommandos ausgearbeitet. An Stelle der früheren Kolade wird eine rote Kolade eingeführt, als Abzeichen der sozialistischen Republik. Die Ausschreibungen werden abgeschrieben. Die Waffen dürfen nur während Ausübung des Dienstes getragen werden. — Der Rieler Rat fordert die Uebertragung der ganzen politischen Machtfrage auf die Räte, Nationalisierung der großen Industriebetriebe, der Banken, des Großgrundbesitzes etc. — Die Dresdener Kommunisten haben einen Aufruf zu einer neuen Revolution erlassen. — Der Dresdener Rat hat eine Resolution angenommen, in der die Nationalversammlung zu einem „Abenteurer“ gestempelt wird, das für die sozialistische Revolution verderblich sein könnte. — Offiziell wird bekannt gemacht, daß der Vollzugsausschuß des Berliner Rates sich durch Reichstagsmitglieder ergänzen werde, sofern Fragen zur Beratung gestellt werden, die die gesamte Republik betreffen.

Stockholm, 23. 11.: Eine Gesetzesvorlage wird von der englischen Regierung ausgearbeitet, der zufolge die Schließung der Grenzen des Landes für alle Ausländer, zwecks deren Filtrierung, demnächst erfolgen soll. Deutschen wird überhaupt nicht gestattet werden, in England an Land zu gehen. — Admiral Beatty hat es abgelehnt, mit den Vertretern des Räterusslands zu unterhandeln, da er sie nicht für eine anerkannte Regierung hält.

Vermischte Nachrichten.

Am 16. d. Mis. fand in Batu die erste Sitzung des aberbeidischen Nationalrates statt (also am Vorabend der Besetzung Batus durch die Engländer und die Bitheraehowischen Truppen).

Die Regierung der Berggrößer-Republik (Daghestan) benachrichtigt offiziell, daß Emir-Chan-Schura ihre Hauptstadt ist.

In Emir-Chan-Schura hat eine Versammlung der Vertreter der Bergvölker und Tschetschenien stattgefunden. Man will für Dezember eine allgemeine Versammlung berufen, um freundliche Beziehungen zu den Nachbarn herzustellen und seine Unabhängigkeit durch die fremden Räte befähigen zu lassen.

Das stiller „Kabelnetz-Blatt „Risch“ führt aus der „Westminster Gazette“ einen Auszug über die Zukunft der Türkei an: Anstelle der aggressiven, aber bestimmten Politik des russ. Imperialismus kommen jetzt die verschwommenen Forderungen Wilsons: die europ. Diplomatie müsse andere Wege einschlagen, die Türkei der Leitung der Westmächte unterworfen werden. Mindestens komme unter internationale Kontrolle, kurz, die Türkei müsse ägyptifiziert werden.

„Pro India“, das Organ der indischen Nationalisten, stellt auf Grund des Wilsonschen Programms seine Bedingungen auf: England muß seine Truppen aus Indien zurückziehen, alle Kerner gehen an Indien über, Indien schickt seine Vertreter auf die Friedenskonferenz, Franzosen und Portugiesen räumen ihre indischen Kolonien usw.

In der Ukraine neue Orientierung: Stropadski verkündet allen, daß die Ukraine sich an der Gründung einer allrussischen Föderation, deren Endziel die Wiederherstellung Russlands sei, beteiligen werde. Alle Gouvernements im Belagerungszustand. Man erwartet 3—4 Armeekorps der Verbündeten. In Dnestra sollen die Verbündeten eingerückt und Rjew von einer Abteilung der Freiwilligen-Armee befreit sein. (Zweifelhafte Quelle).

In der russischen Flotte macht sich eine starke Bewegung gegen die Bolschewiki bemerkbar. — Kautski kritisiert im „Vorwärts“ den Bolschewismus. Er verwirft die Diktatur der untersten Schichten, weil sie zu einer Herrschaft des Sabels führt. Der Bolschewismus ist nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die einer Partei dieses Proletariats. Der Bolschewismus beruht den größten Teil der Nation seiner Rechte. Der Bürgerkrieg ist das Ende des sozialen Fortschritts.

In Kewal ist eine revolutionäre Bewegung im Gange, deren bolschewistischer Charakter unverkennbar ist.

Der Höchstkommandierende der sog. „Freiwilligen Armee“ General Denikin hat jüngst auf einer Sitzung des Kubanrates eine längere Ansprache an die Versammlung (Kofalen) gerichtet und in ihr folgendes ausgeführt: „Rusland wird in der Friedenskonferenz als einseitig. Staat auftreten: nicht vertreten sein werden die Bolschewiken und jene neugebildeten Staaten, die mit den Prinzipien der Frei-Armee nicht einverstanden sind; Ausland bricht die Ausfuhr von Lebensmitteln ab. Deutschland und seine Verbündeten geben alle besetzten Territorien zurück, einschließlich Rumlands und Polens; Deutschland und seine Verbündeten widerlegen sich der Einrichtung eines festen Aufbaus in Russland nicht usw.

Einwohner, bolschew. Vertreter in London, sagt, in England sei eine Revolution nicht zu erwarten, die Engländer seien die schlimmsten Feinde der Bolschewiken.

Der frühere ungarische Ministerpräsident Békésy ist verhaftet worden.

Der Seiman der Ukraine hat sich kürzlich gebildet Ministerium entlassen und ein neues aufgestellt, hat auch die ganze Ukraine als im Belagerungszustand befindlich erklärt.

Die Schwarzmeeerflotte soll „allgemeinrussisch“ werden.

Reuter meldet die Anerkennung der poln. Unabhängigkeit durch die Ver. St.

Paris, London und Washington unterschreiben die Vereinbarung der ablehnenden Haltung der deutschen Regierung der Sowietregierung gegenüber.

In der Schweiz — Generalstreik.

Uebereinstimmung mit Aserbeidjan und Armenien wegen Derschewi-erfahr.

Die Zukunft der belgischen Neutralität?

Amsterdam. In den leidenden belgischen Flüchtlingkreisen geht seit längerer Zeit eine Denkschrift aus der jeder einer anscheinend maßgebenden Persönlichkeit um, die für Wiederherstellung der Neutralität eintritt. Die in London erscheinende „Independance Belge“ veröffentlicht eine Inhaltsangabe dieses Schriftstücks:

Der Verfasser erklärt, die Neutralität habe Belgien durchaus nicht geschwächt. Mit Recht habe Le Bon, einer der tüchtigsten Staatsmänner Belgiens aus der ersten Zeit, sie eifrig verteidigt. Man müsse sich aus fragen, ob man diese Ordnung nicht etwas freier aufbauen dürfe, ob z. B. eine Militärkonvention mit den Niederlanden abgeschlossen sei und ob die diplomatische Betätigung Belgiens nicht etwas nachdrücklicher sein solle. Ueberrigens habe die Neutralität nicht verhindert, daß Belgien eine selbstbewußte wirtschaftliche Ausdehnungspolitik betrieben habe, und im August 1914 habe die Neutralität alles ergeben, was man von ihr haben erwarten konnte. Belgien habe nur mehr die Wahl zwischen Bündnis oder Neutralität. Ersteres würde ihm teuer zu stehen kommen. „Nur ein Vertrag auf der Grundlage beiderseitiger Verpflichtung vermag das Land gegen alle unzulässigen Forderungen von außen und gegen die Unvorsichtigkeit der belgischen Staatslenker selbst zu sichern. Zugleich wäre ein solcher Vertrag eine offene und klare Bekundung des Vorjages, stets neutral zu bleiben.“ Eine solche Bekundung hält der Verfasser für notwendig, nicht nur gegenüber den Nachbarmächten, sondern auch gegenüber den beiden Volkgruppen in Belgien selbst. Es dürfe nach dem Kriege in Belgien keine englische und französische Partei mehr bestehen. Eine in dieser Weise fortbestehende, gewählteste Neutralität sei für den Frieden in Europa und für die heutigen Verbündeten des Landes wertvoller, als ein Zustand, in dem Belgien unausführlich dem Einfluß der Großmächte ausgesetzt wäre, deren Gruppierung in zehn Jahren vielleicht nicht mehr dieselbe sein möge wie heute, so daß diese Mächte ein Interesse daran hätten, die ihnen ergebene Parteien zu unterziehen und auf diese Weise die staatliche Einheit abermals zu gefährden. Bei einem etwaigen späteren Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich dürfe die preussisch-belgische Grenze ebenjoniemig als französisch-deutsche Grenze betrachtet werden wie die französisch-belgische Grenze als die deutsch-französische. Frankreich habe nicht das Recht, zu verlangen, daß Belgien seine Nordgrenze verteidigen müsse; es habe nur sein eigenes Dasein zu verteidigen.

Die Denkschrift äußert den Wunsch, daß Italien und die Vereinigten Staaten als neue Garantemächte den Vertrag unterzeichnen möchten und behandelt dann die Frage einer neuen deutschen Garantie wie folgt:

„Wir empfinden, wie jedermann, Widerwillen gegen eine solche Erneuerung. Wenn wir uns aber nur durch dieses Gefühl leiten ließen, so würden wir zwischen Deutschland und uns eine Scheidewand errichten, die uns von jeder weiteren Berührung mit diesem Volke abhalten würde. Vergegen wir indes nicht, daß, wenn einmal der Krieg zu Ende ist, Deutschland naturgemäß wieder neben uns stehen wird als Unterzeichner einer Reihe von Verträgen, zunächst des Friedensvertrages selbst, und daß bei diesen Verträgen dafür gesorgt werden wird, daß wir an die Vertragsstreue Deutschlands glauben können.“ Um dies zu ermöglichen, hält der Verfasser es für notwendig, daß Deutschland eine feierliche Erklärung abgebe, wonach Belgiens guter Glaube und seine wirtliche Neutralität anerkannt werde. Deutschland würde nicht abgeneigt sein, eine solche Erklärung abzugeben, wenn es hoffen könne, in der Folge dafür die Neutralität Belgiens zu gewinnen und auf diese Weise die Politik dieses Landes von der Frankreichs und Englands freizumachen. Da man nicht einmal ganz sicher sei, daß Deutschland ganz und gar zerschmettert werde, empfehle es sich zweifellos, sich zu unterziehen, bis zu welchem Maße ein Entgegenkommen (von belgischer Seite) Deutschland befriedigen würde, ohne daß daraus für Belgien fittlicher oder sachlicher Schaden entstände.“

Die Wirkung des Krieges auf die englischen Steuerzahler.

Es wird Zeit, so heißt es in einem Aufsatz des Common Sense, daß wir uns die Kosten des Krieges klar

machen. Was jetzt ist es wenigen, Lord Lansdowne ausgenommen, klar geworden, daß es einen großen Unterschied macht, ob der Friede in diesem, dem nächsten oder übernächsten Jahre geschlossen wird. Der Wert des Geldes ist stark gesunken, was erhebliches Steigen der Löhne, große Verluste aller, deren Einkommen sich nicht vermehrt hat, und große Verluste vieler anderer zur Folge gehabt hat. Einerseits müssen junge Männer für geringen Sold ihr Leben in die Schanze schlagen, andererseits verdienen solche in Heeresbedarfsfabriken und Bergwerken riesige Löhne. Frauen haben noch nie soviel verdient, wie während dieses Krieges. Die volle Wucht der Steuern wird man erst zu spüren bekommen, wenn das Bestreben der Staatsausgaben aus geborgtem Gelde aufhört. Vielen nimmt der Staat ein Drittel bis zur Hälfte ihres Einkommens, aber sie wiegen sich in der Hoffnung, daß der Friede darin eine Besserung bringen werde. Demgegenüber bedenkte man, daß jetzt die Kriegsgewinnsteuer viel bringt; wenn sie ausfällt, muß die Einkommensteuer das Fehlende ersetzen. Ferner erhöht sich die Staatsschuld durch die Ausgaben für den Krieg täglich. Sodann werden täglich Krieger getötet und verstümmelt, wodurch nicht nur riesige Kosten für Entschädigungen entstehen, sondern auch die Erwerbstätigkeit des Landes geschwächt wird.

Infolge der fortschreitenden Verarmung des Landes werden Gewerbesteuer und Unternehmungsgeist schwer belastet. Die Reichen werden bald nur noch ein Achtel bis ein Zehntel ihres Einkommens übrig behalten, und die Mittelbegüterten können froh sein, wenn sie nicht zwei Drittel dem Staat abgeben müssen. Wenn Bonar Law's Grundriss der Besteuerung, das auf die gewöhnliche Einkommensteuer 1 Schilling, auf die Einkommen derer, welche Zuschlagsteuer zahlen, 2 Schilling geschlagen werden, weiter befolgt wird, so wird binnen vier Jahren die reichste Klasse 19 Pfd. 6 Pence auf das Pfund zu steuern haben, jedoch ihr davon 6 Pence übrig bleiben.

Aus der georgischen Presse.

«*Sakharthwel*» leitartikel über das mohammedanische Georgien: „Deute hat Georgien eine größere Aufgabe, als das mohammedanische Georgien sich wieder zu holen und dort Ordnung zu schaffen.“ — An einer anderen Stelle polemisiert das Blatt gegen die armenische Unterstellung, als ob Georgiens Unabhängigkeit mit Deutschlands Schicksal bestehen bleiben oder fallen müsse.

«*Grusia*»: „Es ist unnützig zu glauben, daß jetzt, wo der Weltkrieg zu Ende geht, England und Amerika den Kaukasus mit Gewalt zum Wiederanfluß an Rußland zwingen würden“ (wie das von armenischer Seite behauptet wird). — An anderer Stelle: „Der Einzug der Engländer in Baku hat bei gewissen Leuten Hoffnungen auf die Wiederherstellung des Rußlands von 1914 erweckt.“ — Artikel über die „Solidarität der kauk. Völker“: Nachweis, daß die Armenier kein einheitl. Territorium haben, weil inelastisch zerstreut. „Das ist ein großes Unglück für die Armenier und für die andern Völker des Kaukasus, denn das ist die Quelle aller Uebel und die Ursache der Uneinigkeit unter den Völkern Transkaukasusens... Diese aber müssen einig werden, das verstehen die Georgier, die Ajerbeidjaner und die Bergvölker, endlich müssen es auch die Armenier verstehen lernen.“ — „Dajnadqutium“ erühdet die Regierung von Georgien und Armenien sich sofort an die europ. Mächte zu wenden, damit diese die Türkei zwingen 1. sofort die armen. Flüchtlinge durchzulassen, 2. ihre Truppen aus den besetzten Teilen zurückziehen. — In einem besonderen Anlauf wird u. a. gefragt: „War es denn Deutsche (oder deutsche Orientation) von den Armenern, als sie, ohne daß jemand sie dazu gebungen hätte, dem deutsch-arm. Kulturverein möglichst Glanz verleihen wollten? War die breite Gassfreundschafft Deutsche, die die armen. Bourgeoisie den deutschen Offizieren erzeigte? Waren die Diners und Soupers in Rodjori Deutsche? Nein, wir glauben das war ehrlich gemeint, weil die Politik der kleinen Völker unüberdieslich von dem Gang der großen Politik bestimmt wird.“

«*Sakhal. Siatme*». „Der russische Nationalrat in Tiflis ist ein politischer Verein, der gegen die Unabhängigkeit Georgiens arbeitet.“ — „Es hat sich nicht bewahrheitet, daß die Türken Aghur und Batum geräumt haben. Im Gegenteil, die Türken bemühen sich mehr denn je, das mohammedanische Georgien zu unterwerfen. Mit Hilfe verträtslicher Wege entwickeln sie eine eifrige Tätigkeit, versprechen den Leuten Unabhängigkeit und türkische Hilfe, wenn sie sich von ihren christlichen Landsleuten loslösen.“ — Es wird die Befürchtung geäußert, es könnte von Baku her (Ditscheradow!) Georgien Gefahr drohen, doch sei des Landes Geschick in den Händen der europ. Demokratie. — Das Blatt fragt sich, ob der Kampf der Entente gegen den Bolschewismus nicht etwa eine Aera der Reaktion einleiten werde. „Nach dem Bolschewismus kommt die deutsche Demokratie dran, denn die Verbandsmächte werden lieber Kaiser Wilhelm wieder auf seinem Thron sehen, als eine Aera Scheidemann — Gaafe — Liebnecht begünstigen.“ — Warnungsschrei: „Der engl. Imperialismus ist auf dem Wege zu uns und droht uns zu verschlingen... Der engl. General Tompion, der Transkaukasien

den Frieden bringen will, stellt sich vor, daß unsere Unabhängigkeit nicht eine Folge unseres Willens zur Unabhängigkeit ist, sondern von den Deutschen zur Verfolgung eigener Zwecke erkunden worden ist... Kommt der engl. General zu uns als Freund, so soll es uns freuen, kommt er aber als Vertreter derer, die das einseitige Rußland wiederherstellen wollen, d. h. als unser Feind, so soll er sich nicht wundern, wenn wir ihn nicht wie gewisse andere Leute gerne bei sehen... Wir werden uns verteidigen... Der Weg zu unserer Verflabung an Rußland führt nur über unsere Zeichen“.

«*Borjaba*»: „Der deutsche Freisinn hat die Umwälzung unter sehr schweren Bedingungen zustande gebracht. Doch waren sie weniger schwer, als jene, unter denen der russische Umsturz stand. Noch sind keine drei Wochen vergangen, und schon merkt man den Unterschied. Der deutsche Umsturz schreitet festen, sicheren Ganges seinem Ziel entgegen. Die deutsche Demokratie ist so stark, daß sie die ganze Schwere der Verwaltung auf ihre Schultern nehmen kann; das erkennen auch die anderen Parteien an. So schwer auch Deutschlands Lage heute sein mag, die deutsche Demokratie darf doch mit größtem Vertrauen in die Zukunft blicken, denn Volksgewissen und Wirtswart werden ihr erspart bleiben.“

Aus der armenischen Presse.

«*Ajshatator*» sagt, alle armenischen Parteien hätten die Beteiligung an der Allkaufasischen Beratung abgelehnt, weil sie weiter nicht sei als der äußere Ausdruck der georgischen Oberherrschafft. Grundsätzlich aber sei die Beratung nötig. Die kritischen Grenzfragen seien nicht auf der Beratung zu lösen, sondern nur durch Uebereinkommen der Vertreter beider Republiken.

«*Nor Horjion*» stellt 4 Punkte auf, wegen derer die Armenier mit der georg. Republik nicht zufrieden sind: 1. Georgien hält Armenien und Ajerbeidjan nicht für ebenbürtig und strebt nach Hegemonie. 2. Die georg. Regierung widerstrebt sich in der Grenzfrage dem Nationalitätenprinzip. 3. Georgien hat sich fast das ganze, von Rußland her verbliebene Kronsut angeeignet. 4. Georgien betrügt sich den Armeniern gegenüber nicht honorig (z. B. in der Flüchtlingsfrage).

Aus dem deutschen Leben.

Katharinenfeld, d. 16./XI.

Obwohl an allen Enden der Welt Stab, Kanonen und Minen etc. noch die Hauptsache in so erschreckender Weise sprechen; obwohl allerorts die Hydra Grippe, als vollberechtigter Kriegskamerad im alten Europa die Menschen zu Tausenden unbarmerzig dahintragt; obwohl in fast aller Herren Ländern durch die Gewalten der Revolution die Feudalverhältnisse den republikanischen Staatsverfassungen weichen müssen; obwohl infolge des Krieges Millionen von Vätern, Müttern, Brüdern, Schwestern und Bräuten ihren lieben Toten in stiller Einsamkeit nachweinen — scheint den Menschen doch hin und wieder, wenn auch nur im engeren Kreise, ein Freudenstraß, der ihre wolkensumfönten Gemüter etwas erheitert und zu neuen Taten ermuntert, ich meine Familienfeste: Hochzeit, Taufe u. dgl. m.

Am 12. November l. J. feierten der Katharinenfelder Ansfieder Imanuel Allmendinger und seine Frau Katharina, geb. Biedlingmeyer, ihr 25-jähriges Hochzeitsjubiläum. Um 7 Uhr abends begannen die Gäste sich zu versammeln, dem Jubelpaare beim Eintritt in den Hochzeitssaal ihre Glückwünsche darbringend. Bewuß kam da jedem Eintretenden beim Anblicke dieses frohen, aber tiefsternen Silberbräutpaars unwillkürlich der Gedanke: — ein solides Brautpaar! — Ja, wirklich, ein Brautpaar, vor das man mit Ehrfurcht treten kann, nicht nur, um ihm auch für künftige Zeiten Glück und Segen zu wünschen, sondern auch um zugleich etwas für sich aus diesen 4 ernstfreundlichen Augen ins Leben mitzunehmen.

Menschen, die bei einem Feste das Zentrum bilden, sind gewöhnlich etwas schüchtern, bescheiden und haben das Gefühl des unbegreiflichen Eigenschüdens — was manchen wunderbarlich ansteht. Dasselbe machte sich auch bei diesem Paare fühlbar, und schaute man sie näher an, so schien es einem fast, als wollten beide sagen: „Bitte, fühlen Sie sich heute abend recht gemütlich und vergeßen Sie uns, daß wir die Schuldner dieses Festes sind!“

Gewiß dachten an diesem Tage auch beide an ihren grünen Hochzeitstag, an dem sie mit jugendlichem Stolz und Mut um sich blickten und sich ihre eigene Welt schufen; und indem sie ihren Blick auf die miteinander verlebten 25 Jahre zurückschweiften lassen, können sie mit freudigem Herzen und ruhigem Gewissen dem Schillerschen Nachwort „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, Ob sich das Herz zum Herzen findet! Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang.“

antworten: „Ja, unsere Wahl war gut getroffen, wir lebten zufrieden, einig, glücklich, jederzeit in der Lage einander zugetan; wir können für solche 25-jährige glückliche Ehe dem Döckten nur dankbar sein.“

„Mit dem Gürtel, mit dem Schleier Reißt der schöne Wald entzwei.
Die Leidenschaft flieht,
Die Liebe muß bleiben;
Die Blume verblüht,
Die Frucht muß treiben.
Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben,
Muß wirken und streben
Und pflanzen und schaffen,
Erlitten, ertraffen,
Muß werten und wagen,
Das Glück zu erlangen.
Da strömet herbei die unendliche Gabe,
Es fällt sich der Speicher mit köstlicher Habe,
Die Räume wachsen, es dehnt sich das Haus.
Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau
Die Mutter der Kinder,
Und herrscht weise
Im häuslichen Kreise,
Und lehret die Mädchen
Und wehret den Knaben,
Und reget ohn' Ende
Die fleißigen Hände.“

Auch diese Worte und ganz besonders die zwei Berufstätigkeiten haben sich auch an diesem Jubelpaare bewahrheitet, denn es kann mit Stolz und Selbstzufriedenheit auf das Erarbeitete sowie auf die wohlgeorgene Kinderzucht blicken. Ob es ihm auf so einen schönen grünen Zweig zu kommen schwer oder weniger schwer war, das zu beurteilen, überlassen wir ihm selbst, denn die, die es erschafft, die ihren ganzen Fleiß und bestes Wissen darangehängt haben, wissen es am besten, und kommen sie darauf zu sprechen, so tun sie es gewiss am allerliebsten in ihrem Kämmerlein, wofelbst sie in ihren Zweiggesprächen ihre Herzen auf den Altar gegenseitiger Liebe und gegenseitigen Vertrauens legen.

Abgesehen von der schönen Rede des Pastors L. Steinwand, den verschiedenen Trinksprüchen der Anwesenden und dem geistigen Humor des Bruders des Jubilars, wodurch die obenhin so lockbaren Speisen erst recht gewürzt wurden, möchte ich nur den Sinn der kurzen Rede des Jubilars wiedergeben, da dies gerade für Katharinenfeld von sehr wichtiger Bedeutung sein dürfte.

Der Jubilär brachte nämlich die schon viel besprochene und viel Anhos erregende Frage zwecks Gründung eines Krankenhauses aus Tapet, indem er näher ausführte, wie nötig Katharinenfeld ein solches hätte. Das dem in Wirklichkeit so ist, ist garnicht schwer zu beweisen, denn erstens würde dem Arzt die Arbeit um vieles erleichtert werden, da die Schwerkranken in einem Lokal konzentriert werden könnten und zweitens wäre die Möglichkeit vorhanden, im Falle einer gefährlichen ansteckenden Krankheit die Kranken von den Gesunden zu isolieren.

Indem Herr J. Allmendinger der Initiator des in Zukunft vielleicht zustandekommenden Krankenhauses ist, spendete er aus Anlaß seiner fibernen Hochzeit zu diesem Zwecke 2000 Mbl., was selbstverständlich nur zu begrüßen ist. Ganz besonders legte er die Sache den Frauen ans Herz und bat sie, nach Möglichkeit für solch eine gute Sache einzutreten, um so das angesehene Werk ins Rollen zu bringen. Sogleich wurde von den anwesenden Frauen ein zeitweiliges Komitee, oder wie es scherzhaft genannt wurde — eine zeitweilige Regierung gebildet, bestehend aus den Damen: Koris — Pastorin S. Steinwand, Gehilfinnen die Damen D. Lesneje und R. Allmendinger. Möge es den Frauen gelingen, das gute Werk ins Leben zu rufen, und im Verein mit der übrigen Katharinenfelder Frauenwelt es fort weiterzuführen, daß, wenn es einmal zum Blühen kommen wird, sie mit Stolz sagen können: „Seht, anno 1918 haben wir Katharinenfelder Frauen das Werk jaghaft und mit Bangen begonnen, nun hat es sich aber zu einer Riesenfeste und -hilfe entwickelt — das hat unsere Energie vollbracht, das ist unser Stolz!“

R. Winger.

Herausgeber: Das J.-R. des transkauk. deutschen Verbandes.

Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.

In einem deutschen Hause werden anreisenden Kolonisten

Betten

abgegeben. Reut-Str. (Рейтовская) № 13. 10-9